

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 48 (1956)
Heft: 1

Artikel: Der Einfluss von Lohnerhöhungen auf die Kaufkraft des Frankens
Autor: Weber, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353719>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDschau

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSARBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 1 - JANUAR 1956 - 48. JAHRGANG

Der Einfluß von Lohnerhöhungen auf die Kaufkraft des Frankens

Von *Max Weber*

Die anhaltende Teuerung, die sich seit Kriegsende in den meisten Ländern bemerkbar macht, hat schon wiederholt Anlaß gegeben zu der Frage, ob die Erhöhung der Löhne als Ursache von Preissteigerungen anzusprechen sei und ob dadurch ein Kreislauf von *inflationischen Erscheinungen* ausgelöst werde. Das Problem ist besonders aktuell geworden im Zusammenhang mit der *Vollbeschäftigung*, die in manchen Ländern ganz oder nahezu erreicht wurde. Dieser Fragenkomplex soll im folgenden näher erörtert werden, jedoch nur bezogen auf die Schweiz und in der Hauptsache auf die letzten paar Jahre.

Doch zunächst seien einige Bemerkungen vorausgeschickt über das *Ziel*, das die Wirtschaftspolitik des Staates wie der privaten Verbände verfolgen sollte.

Vollbeschäftigung bei stabilem Preisniveau

Es dürfte heute wohl weitgehende Uebereinstimmung zu erzielen sein darüber, daß die Wirtschaftspolitik darauf gerichtet sein soll, *Vollbeschäftigung* zu erzielen und zu erhalten bei möglichst stabilem Niveau der Lebenskosten. Für ein Land, das so eng verknüpft ist mit der Weltwirtschaft wie die Schweiz, ist das besonders wichtig.

Diese Zielsetzung bedeutet, daß strukturelle Änderungen und besonders auch die Verbesserung des Lebensstandards ohne Verminderung der Kaufkraft des Geldes vor sich gehen sollten; klar sein muß man sich freilich, daß nicht die einzelnen Preise, sondern nur ihr *Durchschnitt* stabil zu halten ist, da auf einzelnen Märkten Veränderungen von Angebot und Nachfrage und damit auch der Preise eintreten können, die nicht zu verhindern sind.

Die Stabilität des Preisniveaus ist von zwei Seiten her bedroht: Es können Preiserhöhungen auf dem *Weltmarkt* eintreten, insbesondere auf Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Dieser Verteuerung ist schwer zu begegnen. Theoretisch ist es denkbar, sie durch eine Aufwertung der Währung zu kompensieren. Allein jede Manipulierung der Währung hat mannigfache und sehr verschiedenartige Auswirkungen, die nicht genau vorausszusehen sind. Vor allem müßte eine *Verteuerung des Exports* oder ein Druck auf die Exportpreise in Kauf genommen werden. Die Erfahrungen des Auslandes mit einer flexiblen Währungspolitik sind denn auch nicht sehr ermutigend (Schweden, Kanada). Für die Schweiz wäre dieses Problem noch heikler als für Länder, deren Export zum großen Teil aus Rohwaren besteht.

Der andere mögliche Störungsherd für das Preisniveau ist das *Inland*. Dieser Fall tritt ein, wenn eine Wirtschaftsgruppe ihr Einkommen erhöht und diese Erhöhung auf die Preise überwältzt wird. Dann hat diese Gruppe ihr reales Einkommen verbessert auf Kosten der andern. Gelingt es den andern, den gleichen Weg einzuschlagen, so werden die nominellen Verbesserungen durch Preiserhöhungen wieder kompensiert, und das Resultat ist nur eine *allgemeine Steigerung des Preisniveaus* ohne irgendwelche Vorteile, mit Ausnahme der Schuldner, deren Verpflichtungen entwertet werden.

Eine allgemeine Erhöhung des realen Einkommens ist nur möglich durch *Verbesserung der Produktivität*. Die Produktivitätsfortschritte verteilen sich aber nicht gleichmäßig auf die verschiedenen Wirtschaftszweige. In einzelnen Industrien sind sie sehr groß, in andern und namentlich bei Dienstleistungen sind diese Möglichkeiten gering. Die Verbesserung der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sollte aber *allen* zugute kommen, was entweder in Form von Preisreduktionen oder von nominellen Einkommenserhöhungen geschehen kann. Es lassen sich vier Fälle denken:

1. Der Produktivitätsfortschritt geht vollständig an die *Konsumenten* durch *Preissenkung*. Das kann der Fall sein bei äußerst scharfer Konkurrenz.
2. Der Vorteil der Leistungssteigerung bleibt bei den *Produzenten* in Form *erhöhter Gewinne* und *Löhne*. Die Preise bleiben unverändert; die andern Gruppen erhalten keinen Anteil.
3. Der Produktivitätsfortschritt kommt *teilweise den Produzenten, teilweise den Konsumenten* zugute. Es erfolgt also eine Preissenkung, die aber nicht den ganzen Vorteil weitergibt.
4. Die Arbeiter und Unternehmer jener Branchen, in denen keine Leistungssteigerung möglich war, suchen einen Anteil an den Verbesserungen der übrigen Wirtschaftszweige zu erhalten durch Lohn- und Preiserhöhungen.

Der erste Fall wird verhältnismäßig selten eintreten, der zweite, daß alles bei den Produzenten hängen bleibt, ist unerwünscht. Die Teilung zwischen Produzenten und Konsumenten nach Fall drei dürfte die Regel bilden, und die vierte Möglichkeit darf dann nicht ausgeschlossen werden, um eine gerechte Verteilung zu erzielen. Das

Ideal wäre, daß Preisabschläge und -erhöhungen sich ungefähr die Waage halten, so daß das durchschnittliche *Preisniveau stabil* bleibt. Das dürfte jedoch in der Praxis nicht so leicht zu erreichen sein. Eine leichte Preissenkung, wie sie in der Rationalisierungsperiode Ende der zwanziger Jahre vorgekommen ist, bleibt ohne schädliche Wirkungen. Eine bescheidene Preiserhöhung wäre ebenfalls erträglich, doch hat sie den Nachteil, daß sie Lohnerhöhungen über den Produktivitätsanteil hinaus erforderlich macht, um die Teuerung auszugleichen, was leicht neue Teuerung verursachen kann.

Die Entwicklung der Lebenskosten seit 1945

Seit Kriegsende haben wir in der Schweiz *drei Teuerungswellen* erlebt. Die erste machte sich von Anfang 1946 bis Ende 1947 bemerkbar. Sie wurde ausgelöst durch den Abbau der Preiskontrollmaßnahmen in den USA, die erfolgte, bevor die Engpässe vollständig überwunden waren. Der schweizerische Index der Lebenshaltungskosten stieg in dieser Periode um 9 Prozent. Das gab Anlaß zum Abschluß des Stabilisierungsabkommens unter den maßgebenden Wirtschaftsverbänden, wodurch unter Mitwirkung der staatlichen Preiskontrollstelle der Preisauftrieb in recht wirksamer Weise abgebremst werden konnte. Leider wurde dieses Abkommen auf Ende 1949 gekündigt durch die Verbände der Arbeitgeber, die eine rückläufige Preisbewegung erwarteten.

Doch ein halbes Jahr später brach der Krieg in Korea aus, der die Preise erneut zum Steigen brachte. Diese zweite Teuerungswelle erhöhte die Lebenskosten, die vorher leicht gesunken waren, um 8 Prozent. Es folgte eine Periode der Stabilität in den Jahren 1952/53, die 1954 wieder von einer allerdings wesentlich schwächeren Teuerung im Ausmaße von etwa 2 Prozent gefolgt war.

Die Ursachen der Korea-Teuerung lagen im Ausland; das ist wohl unbestritten. Auch die erste Preiserhöhungswelle unmittelbar nach dem Kriege hatte ihren Ursprung jedenfalls primär in der Weltwirtschaft. Die *letzte Teuerung* muß dagegen auf Faktoren im *Inland* zurückgeführt werden, denn der schweizerische Großhandelsindex der Auslandwaren war in den letzten beiden Jahren leicht rückläufig, während die Preise der Inlandwaren angezogen haben.

Diese Erscheinung hat wohl Anlaß gegeben zu einer Aeüßerung von Generaldirektor *Dubois*, Präsident des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeberorganisationen, an der Delegiertenversammlung dieses Verbandes im Juni 1955. Herr Dubois führte unter anderem aus:

Der unparteiische Beobachter kann unmöglich bestreiten, daß während dieser ganzen Periode — mit Ausnahme des Jahres 1950/51, als sich starke Einflüsse vom Ausland her bemerkbar machten — nie die Preise den Löhnen, sondern stets die Löhne den Preisen vorauseilten. Anders

wäre der erreichte Reallohnge Gewinn nicht möglich. Wenn da und dort das Gegenteil behauptet wurde, so handelte es sich um Legenden im Dienste bestimmter Zwecke.

Diese Behauptung ist beweispflichtig. Die in der «Arbeitgeber-Zeitung» beigefügte Kurve der Löhne und Lebenskosten genügt nicht zur Beweisführung. Es fehlt die Kurve der Produktivitätsveränderung. Im folgenden soll versucht werden, eine Antwort zu geben auf die Frage:

Sind die Löhne die Ursache der Teuerung?

Es gibt verschiedene Methoden zur Untersuchung des Problems, jede hat gewisse Mängel, aber jede hat auch einen bestimmten Aussage wert.

1. Eine Untersuchung über Löhne, Preise und Produktivität in einem *einzelnen Betrieb* oder in einem Industriezweig ist schwierig, da nicht immer die gleichen Produkte hergestellt werden. Zudem kann man den Einwand erheben, daß es sich um einen Einzelfall handle, der nicht für die ganze Volkswirtschaft beweiskräftig sei.

Trotzdem erwähne ich ein Beispiel, und zwar aus einem Zweig, der als besonders lohnintensiv gilt: das engere *Baugewerbe*. Ein Bericht, der in der «Schweizerischen Arbeitgeberzeitung» (Nr. 32/3, 1955) erschienen ist, zeigt, in welchem Maße es gelungen ist, die Produktivität durch Rationalisierung, speziell Mechanisierung, zu erhöhen:

Mit dem Delegierten für Arbeitsbeschaffung kann angenommen werden, daß die jährliche Leistung des engeren Baugewerbes wertmäßig um 60 Prozent zugenommen hat¹. Der Einfluß der Lohnerhöhungen ist schwer einzuschätzen. Ein Teil dieser Zunahme dürfte jedoch auf die 15prozentige Erhöhung der geleisteten Arbeitsstunden, das heißt auf die vermehrten Ueberstunden und auf die Arbeit der zusätzlichen Saisonarbeiter, zurückzuführen sein. Die verbleibende Produktionserhöhung von 30 bis 45 Prozent ist ein Fingerzeig auf die in diesen sechs Jahren verwirklichte Rationalisierung, bzw. Mechanisierung der Betriebe.

Und in einem Monatsbericht des Schweizerischen Bankvereins ist zu lesen:

Einen maßgebenden Beitrag zur Kostensenkung dürfte auch die zur Kompensation der hohen Löhne forcierte Mechanisierung des Bauvorganges geleistet haben; dieser Erfolg ist aber in jüngster Zeit durch die enormen Preissteigerungen beim Holz und Eisen teilweise in Frage gestellt worden, was aus dem erneuten Anziehen des Baukostenindex deutlich hervorgeht.

In der Tat weist der Zürcher Baukostenindex von 1948 an eine Senkung auf, die namentlich auf den Rückgang des Gruppenindex für Erd- und Maurerarbeiten zurückzuführen ist. Hier hat die Ratio-

¹ Seit 1948.

nalisierung zur Folge gehabt, daß trotz Lohnerhöhungen der Gruppenindex im Sommer 1955 auf 178.6 steht gegenüber 193.8 im Jahre 1948.

Ein besonders interessantes Beispiel bietet die *Zementindustrie*, die nach dem Jahresbericht des Vereins schweizerischer Zement-, Kalk- und Gipsfabrikanten im Jahre 1954 eine Jahresleistung von 1200 Tonnen pro Arbeiter aufweist gegenüber 333 Tonnen im Jahre 1925. Das kommt einer Leistungssteigerung von 260 Prozent gleich im Zeitraum von knapp 30 Jahren.

2. Eine andere Methode zur Prüfung unseres Problems besteht darin, die Preisbewegung und ihre Komponenten näher zu verfolgen. Betrachten wir zuerst den Index der *Kosten der Lebenshaltung*. Dessen Erhöhung in den letzten zwei Jahren geht in der Hauptsache zurück auf die Steigerung des Mietindex um 7 Prozent und die Erhöhung des Nahrungsmittelindex. Bei letzterem gibt die Verteuerung für Brot, Milch und Kartoffeln den Ausschlag; die Preissteigerung von Kaffee, die allerdings seither zum größeren Teil wieder abgebaut wurde, ist auslandbedingt. Die Gruppenindizes für Brenn- und Leuchtstoffe, Reinigung und Verschiedenes blieben stabil. Fast unverändert verharrte auch der Index der Bekleidungskosten, der einen wesentlichen Anteil Verarbeitungskosten und damit Löhne enthält. Die durch die Korea-Hausse verursachte Verteuerung ist zum größeren Teil wieder abgetragen worden.

Aus diesen Zahlen ist auf jeden Fall nicht nachzuweisen, daß die Löhne zur Verteuerung der Lebenshaltung beigetragen haben.

Einen interessanteren Einblick als die Lebenskosten würden die *Produktionskosten der Industrie* geben. Darüber sind jedoch kaum Angaben erhältlich. Es existiert aber eine Statistik, die wertvolle Rückschlüsse auf die industriellen Produktionskosten erlaubt, nämlich diejenige der Exportpreise. Der von der Oberzolldirektion berechnete Index der Exportpreise betrug:

1950	245
1951	265
1952	268
1953	262
Dezember 1954	256

Die vornehmlich durch die Verteuerung der Rohstoffe verursachte Preishausse von 1951/52 hat seither einer rückläufigen Bewegung Platz gemacht. Diese kommt noch deutlicher zum Ausdruck in der seit Anfang 1955 erfolgten Neuberechnung des Index der Exportpreise auf der Basis 1949 = 100, der folgende Zahlen aufweist:

1955	1. Quartal	95
	2. »	94
	3. »	93

Die Tatsache, daß unsere Exportpreise heute um einige Prozent niedriger sind als vor sechs Jahren, läßt ebenfalls den Schluß zu, daß die in dieser Zeit eingetretenen Lohnerhöhungen im allgemeinen nicht auf die Preise überwältzt wurden, sondern durch die Verbesserung der Produktivität ausgeglichen werden konnten. Freilich ist der Vorbehalt angebracht, daß Aenderungen in der Struktur des Exportes die Ursache der Senkung der Exportpreise sein können. Eine Betrachtung des Index der Exportpreise der wichtigsten Exportindustrien, deren Wiedergabe jedoch hier leider nicht möglich ist, beweist indessen, daß diese Annahme nicht zutrifft, denn mit wenigen Ausnahmen sind die Exportpreise der wichtigsten Industrien niedriger oder jedenfalls nicht höher als 1949.

Auch der Einwand, es könnte die Preissenkung durch den Druck der ausländischen Konkurrenz erzwungen worden sein, kann nicht als stichhaltig gelten, denn gleichzeitig ist auch der Index der Exportmengen ganz erheblich, zum Teil sogar sehr stark, gestiegen, und auch die Rechnungsergebnisse der maßgebenden Industriefirmen lassen nichts von Gewinnreduktionen oder gar Verlusten verspüren.

Eine dritte Untersuchungsmethode bewegt sich auf der volkswirtschaftlichen Ebene, wo die *Produktivitätsveränderung der ganzen Volkswirtschaft* erkennbar ist. Dieser Weg hat den großen Vorteil, daß die Wirtschaftszweige mit hohen, mit geringen und ohne Produktivitätszuwachs zu einem Gesamtbild vereinigt sind.

Nach den Schätzungen des Eidgenössischen Statistischen Amtes hat sich das reale Volkseinkommen der Schweiz von 1938 bis 1954 um 45 Prozent vermehrt. Auf den Kopf der Bevölkerung betrug die Zunahme 23 Prozent. Das kommt einer Zuwachsrate von ungefähr $1\frac{1}{2}$ Prozent gleich, die der Erfahrung entspricht, wonach die Produktivität, in einem längeren Zeitraum betrachtet, jährlich zwischen 1 und 2 Prozent zunimmt. Professor Gasser hat unlängst in einem Vortrag ausgeführt, daß nach seiner Schätzung der Produktivitätsfortschritt in der Schweiz im Laufe der letzten 50 Jahre auf $1\frac{1}{2}$ Prozent pro Jahr zu beziffern sei. Auch andere Berechnungen und Schätzungen kommen zu ähnlichen oder sogar höheren Ergebnissen (so gibt Dr. Kneschaurek die Vermehrung des Volkseinkommens pro Kopf für den Zeitraum 1900 bis 1952 mit 142 Prozent an; in der «NZZ» wurden kürzlich für die Jahre 1924 bis 1954 72 Prozent angenommen).

Vergleichen wir damit die durchschnittliche *Erhöhung der Real-löhne* vom Stand vor Kriegsausbruch bis 1954, so ist die starke Uebereinstimmung frappant. Nach der Statistik der Löhne verunfallter Arbeiter haben die gelernten Arbeiter eine Reallohnverbesserung von 23 Prozent, die ungelernten eine solche von 33 Prozent zu verzeichnen. Die umfassendere Erhebung, die das Biga jeden Herbst vornimmt, kommt zu etwas niedrigeren Zahlen, nämlich 18 Prozent

für gelernte und 22 Prozent für ungelernte Arbeiter. Die Lohnstatistik des Arbeitgeberverbandes schweizerischer Metall- und Maschinenindustrieller nennt eine durchschnittliche Erhöhung von 22 Prozent (einschließlich Zulagen, aber ohne Ferienentschädigung und Gratifikationen).

Es ist dabei noch folgendes in Betracht zu ziehen: Der Anteil des Zinseinkommens am gesamten Volkseinkommen ist gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend zurückgegangen (von ungefähr 30 auf 20 Prozent). Das ist teilweise mit der Entwertung des nominellen Geldkapitals und zum Teil mit der Senkung der Zinssätze zu erklären; mit der Lohnentwicklung hat diese Erscheinung an sich nichts zu tun. Doch die relative Verminderung des Zinseinkommens hat zur Folge, daß der Anteil der Löhne zugenommen hat (von rund 50 auf nahezu 60 Prozent). Diese relative Vermehrung ist zudem mitverursacht durch die starke Zunahme der unselbständig Erwerbenden, die von 1941 bis 1954 mit ungefähr 25 Prozent angenommen werden kann (genaue Zahlen sind leider nur für die Jahre der Volkszählung erhältlich). Die Zahl der selbständig Erwerbenden ist in der gleichen Zeit um etwa 6 Prozent zurückgegangen.

Diese strukturelle Verschiebung unter der erwerbstätigen Bevölkerung mußte zu einer Vergrößerung des Lohnanteils führen, wenn die Lohnerwerbenden insgesamt ihren Anteil am Volkseinkommen behaupten sollen. Nach der amtlichen Statistik hat sich das Verhältnis zwischen dem Lohneinkommen der unselbständig Erwerbenden und dem Einkommen der selbständig Erwerbenden, das 1938 69,1 zu 31,9 betrug, im Jahre 1954 auf 74,4 zu 25,6 Prozent verschoben. Wenn man nun auf Grund der Verteilung von 1938 nach der oben erwähnten Verschiebung in der Zusammensetzung der Erwerbstätigen eine Zuteilung für heute vornehmen wollte, so käme man auf ein Verhältnis von 74,2 zu 25,8 Prozent. Die Uebereinstimmung mit der tatsächlichen Verteilung des Volkseinkommens zwischen diesen beiden Gruppen ist frappant. Obschon diese Zahlen nicht auf absolute Genauigkeit Anspruch erheben können, so erscheint das doch als weiterer Beleg dafür, daß *die Lohnverdiener nur ihren früheren Anteil am Volkseinkommen behaupten konnten.*

Wenn auch diese Darlegungen, wie bereits bemerkt, zum großen Teil auf Schätzungen abstellen müssen und, wie das angesichts der Mannigfaltigkeit der zusammenwirkenden Faktoren bei volkswirtschaftlichen Problemen stets der Fall ist, keine mathematische Beweisführung ermöglichen, so geben sie auf alle Fälle keine Anhaltspunkte für die Richtigkeit der These, daß in unserem Lande in den letzten Jahren die Lohnerhöhungen als Ursache der Teuerung anzusprechen seien. Im Gegenteil, alle angewendeten Methoden führen zum Ergebnis, daß das *nicht der Fall* war.